

## Das GSU-Verfahren

Die Firma GSU-Systemtechnik (Georgsmarinenhütte) hat ein mobiles Verfahren zur „geregelten Stoffumwandlung“ entwickelt, das verseuchtes Wasser und Schlämme thermisch entgiften soll. Dabei geht es u. a. um Spaltung von Dioxin-Ketten und Verhinderung einer neuerlichen Dioxinbildung.

Mittels Hochtemperaturbehandlung unter Sauerstoffabschluß werden Dioxine in Moleküle zerlegt. Diese Einzelbestandteile gehen Verbindungen mit anderen zugeführten Stoffen ein. Die neugebildeten Substanzen reichern sich an Blechen an, die mit Aluminium-Oxid beschichtet sind. Auch in der Abkühlungsphase bleiben sie dort und sollen sich im Gegensatz zu anderen Verfahren nicht neu bilden. Die Technik ist mit der Pyrolyse nur durch thermische Behandlung unter Sauerstoffabschluß vergleichbar.

Vermittlungsausschuß und Staatlichem Gewerbeaufsichtsamt reichen die von der Firma vorgelegten Daten, vor allem im Abgasbereich und dessen Kontrolle, nicht. Die Meßtechnik soll lückenlos sein.

Vermittlungsausschuß Mülldeponie Münchehagen erörtert möglichen Sanierungsschritt

# Handlungsbedarf: Gremium will Chancen nutzen und jedes Risiko ausschließen

CDU-Kreistagsfraktion lehnt Vorprüfungen einer GSU-Anlage auf dem Deponie-Gelände aber ab

**Rehburg-Loccum (re).** Für die Sicherung und Sanierung der Sondermülldeponie Münchehagen besteht dringender Handlungsbedarf. Darin sind sich Bürger, Parteien, Stadt Rehburg-Loccum, Kreis- und Landesämter einig. Zur Bündelung von Fachwissen, Verfahrensschritten und Behördenentscheidungen unter Beteiligung der Öffentlichkeit wurden das Münchehagen-Plenum und der vertraulich tagende Vermittlungsausschuß ins Leben gerufen. Dieser hatte sich in seiner jüngsten Sitzung mit der Vorprüfung einer Technologie befaßt, die einen ersten Einstieg in die Sanierung bedeuten könnte.

Das Thema brachte der CDU-Land- und Kreistagsabgeordnete Willi Heineking – auch Ausschußmitglied – in einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit. Dort wird die CDU-Kreistagsfraktion mit den Worten zitiert: „GSU-Anlage auf Deponie nicht planen.“ Die Einrichtung sei eine Pyrolyse-Anlage, die die 1000 Liter abgeschöpftes und verseuchtes Gemisch von der Altdeponie „verwerten soll“.

Rehburg-Loccums Bürgermeister Hans Elbers, Verwaltungschef Dieter Hüsemann und Kreisrechtsdirektor Peter Brieber äußerten sich befremdet über die Veröffentlichung des Themas, das in vertraulicher Sitzung behandelt worden ist. Sie stellen klar, der Ausschuß habe keine Planungen, son-

dern nur die Machbarkeit eines denkbaren Sanierungsverfahrens erörtert und Schritte empfohlen, die vor einer Planung zu klären sind.

Heineking schreibt: „Münchehagen kann es sich nicht leisten, hier weitere Versuche starten zu lassen, die den Raum noch mehr in Verruf bringen. Man kann den Anwohnern nur eine Technologie anbieten, die volle Sicherheit und kein Risiko beinhaltet. Wenn von der Gewerbeaufsicht noch Bedenken erhoben werden, daß die Emissionswerte für Schadstoffe im gereinigten Abgas noch nicht mit Bestimmtheit erreicht werden, dann sollte man hier vorsichtiger taktieren. Es müssen genaue Angaben über Art und Menge der Reststoffe vorgelegt werden, und auch der Verbleib der Reststoffe muß geklärt sein.“

„Gerade das hat der Vermittlungsausschuß empfohlen“, brachten Elbers, Hüsemann, Brieber und Bernd Lange vom Staatlichen Amt für Wasser und Abfall (StAWA) Sulingen ihr Unverständnis über die Ablehnung zum Ausdruck. Gleichwohl sehen sie die sensible psychologische Situation der Bürger, die es mit dem Handlungsbedarf in Einklang zu bringen gilt.

Heineking und ein Landwirt haben gegen folgende Ausschuß-Forderung gestimmt: Stoffstrom- und Störfallanalyse, Massen- und Schadstoffbilanz, Immissions- und

Störfallanalyse. Ferner: „Das GSA-Verfahren muß von einem Gutachter, den der Vermittlungsausschuß bestellt, hinsichtlich seiner Wirksamkeit und seines Risikos aus fachlicher Sicht vorher beurteilt worden sein. Das Modellvorhaben muß von einem ständigen Meß- und Kontrollprogramm begleitet werden. Unter Hinzuziehung des Gutachters sind dafür vorab die Untersuchungsparameter, Meßpunkte, -intervalle und Eingreif-Schwellenwerte festzulegen. Aufgrund der bereits bestehenden Umgebungsbelastungen und aus Gründen des Arbeitsschutzes sind letztere sehr vorsichtig bzw. restriktiv zu ermitteln.“

Parallel dazu haben Stadt und Bürgerinitiative (BI) eine Prüfung gefordert, die klären soll, ob es sich beim GSU-Verfahren um eine im Einzelfall genehmigungsfähige Behandlungsanlage dreht. Selbst die BI hält die Sache im Ansatz für positiv, die von vornherein nicht abgelehnt werden sollte.

Auch geht es weder um eine Pyrolyse-Anlage noch um eine „Verwertung“, sondern vielmehr um eine Abarbeitung von Giften in unschädlichere Substanzen. Die Forderung Heinekings, das verseuchte Gemisch nach Hamburg-Georgswerder bringen und entsorgen zu lassen – weil von dort giftige Asche nach Münchehagen gebracht worden sei – ist nach Briegers Auffassung nicht möglich. Das StAWA habe sich mehrfach darum bemüht.

20.2.91